



## Sind 1.500 Euro zu viel verlangt?!

Erste Schritte  
**ERLEDIGT!**

Drunter?

**Mindest-  
lohn**

Drüber!

**Zu viele ArbeitnehmerInnen gehen in unserem Land für weniger als 1.500 Euro Vollzeit arbeiten – vor allem Frauen. Aber wer den ganzen Tag arbeitet, soll auch gut davon leben können, sonst wäre das ganze Konzept von Lohnarbeit ja absurd. Daher muss der unterste Mindestlohn für Vollzeitarbeit in allen Branchen auf mindestens 1.500 Euro angehoben werden. Ein kleiner Schritt für die Politik, ein großer für die Gesellschaft.**

Einen Vollzeitjob zu haben, ist für viele Menschen ein Privileg – gerade in Zeiten, wo der Arbeitsmarkt so angespannt ist. Trotzdem gibt es ArbeitnehmerInnen, die monatlich mit weniger als 1.500 Euro nach Hause gehen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Insgesamt sind das in Österreich mehr als 300.000 Beschäftigte. Mit 200.000 Frauen sind diese doppelt so oft betroffen wie Männer.

Mit eine Ursache für diese Benachteiligung ist auch hier der Umstand, dass besonders in frauendominierten Bereichen deutlich unterdurchschnittliche Löhne bezahlt werden. Bereiche, die am häufigsten unterhalb dieser Grenze bleiben, sind etwa

Beherbergung und Reinigung. Allein hier liegt der Frauenanteil bei rund 60 Prozent, mehr als die Hälfte von ihnen verdient weniger als 1.500 Euro.

Grundsätzlich werden in Österreich die Löhne von rund 95 Prozent der ArbeitnehmerInnen über Kollektivverträge (KV) verhandelt. Der Großteil der so geregelten Löhne liegt zwar über den 1.500 Euro, etliche Lohngruppen sind bedauerlicherweise aber noch darunter angesiedelt. Einige ArbeitnehmerInnen unterliegen gar keinem KV oder wissen nicht, welche Mindestlöhne ihnen laut KV zustehen.

### Ein einziger Gewinn!

Alle Genannten würden unmittelbar profitieren. Vor allem die Frauen – auf vielen Ebenen. Beinahe jede achte Frau verdient auf Vollzeitbasis weniger als 1.500 Euro brutto. Und sie verdienen bei gleicher Arbeit im Schnitt immer noch 22,9 Prozent weniger als Männer. Das geht gar nicht! Ein Mindestlohn würde den ungerechten und europaweit negativ herausragenden Gender-Pay-Gap Österreichs endlich verbessern. Und: Durch die Einführung eines hö-

heren Mindestlohns in den untersten Lohngruppen wird Armut effektiv bekämpft. Etwa das Phänomen der »Working Poor«. Der Mindestlohn bietet aber auch Schutz vor Altersarmut – noch so ein Phänomen, von dem vor allem Frauen betroffen sind. Denn Altersarmut geht meist auf langjährige Beschäftigung in Niedriglohnbranchen, oft in Verbindung mit langen Teilzeitphasen und den daraus folgenden niedrigen Pensionsansprüchen, zurück. Mehr als 50 Prozent der Frauen beziehen eine Alterspension von unter 1.000 Euro monatlich (was wir uns dazu überlegt haben, finden Sie im Pensionskapitel).

Ein Mindestlohn hilft aber nicht nur den einzelnen Personen, sondern entlastet gleichzeitig auch den Staatshaushalt, weil weniger Sozialtransfers (z. B. Mindestsicherung, Ausgleichzulagen in der Pension) erforderlich werden. Und: Mit einem Mindestlohn von 1.500 Euro wird auch der Abstand zu den angesprochenen Sozialtransfers größer. Das können wir uns leisten und das müssen wir uns leisten. Weil uns Arbeit das wert sein muss und weil sich Arbeit lohnen muss.

# REICH

# ARM



Und weil uns das immer noch nicht reicht:  
**1.500 Euro Mindestlohn steuerfrei!**

Damit die gerechte Lohnerhöhung nicht sofort wieder von der Steuer »aufgefressen« wird, werden wir die 1.500 Euro Mindestlohn steuerfrei stellen.

Dazu heben wir den Grundfreibetrag in der Lohn- und Einkommenssteuer auf mehr als 13.000 Euro an. Davon profitieren mehr als 4 Millionen SteuerzahlerInnen mit mehr als 500 Euro Entlastung im Jahr.

Die Gesetzesänderung lässt sich einfach umsetzen und könnte – mit etwas gutem Willen – schon ab 01.01.2018 wirksam sein.

## Das können wir uns leisten, das müssen wir uns leisten.

### Einfach umgesetzt

Die Umsetzung eines Mindestlohnes kann rasch über die Kollektivverträge erfolgen. Die Kollektivvertragspartner werden daher aufgefordert, einen Stufenplan zur Erreichung von 1.500 Euro Mindestlohn zu erstellen. In Bereichen, in denen keine Kollektivverträge vorliegen oder keine Lösung erreicht wird, wird es künftig mehr Möglichkeiten geben. Das Instrument der Satzung wird ausgebaut. Dadurch bekommt der Sozialminister mehr Spielraum, wenn sich die Kollektivvertragspartner nicht einigen, einen vergleichbaren Kollektivvertrag, der einen Mindestlohn von zumindest 1.500 Euro enthält, in Geltung zu setzen. Mit dieser gesetzlichen Änderung sorgen wir dafür, dass niemand im Regen stehen bleibt.

## DAHER DER PLAN

Setzen wir einen österreichweiten, flächendeckenden Mindestlohn, der Armut bekämpft, Existenzen sichert, Arbeitsanreize schafft und letztlich auch das Sozialbudget des Staates entlastet, schnellstmöglich um. 1.500 Euro für Vollzeitarbeit sind wirklich nicht zu viel.

Um gleich vorab einem möglichen Gegenargument zu begegnen: Viele von den betroffenen ArbeitnehmerInnen arbeiten in Bereichen, die nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Daher kommt es durch einen Mindestlohn auch zu keiner Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Unser bewährtes Kollektivvertragssystem ist der Garant dafür, dass die Erhöhung der Mindestlöhne bei gleichzeitigem Erhalt der Wirtschaftlichkeit einer Branche zu bewältigen ist. Auch das Beispiel Deutschland zeigt, dass Mindestlöhne keineswegs Arbeitsplätze kosten. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern es nur wieder ins Rollen bringen. ■